

LA1 Solidarität und Sicherheit auf Basis des Völkerrechts: Für Frieden in Israel und Gaza

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 11.09.2025

Tagesordnungspunkt: 5.2 Leitantrag "Grüne Perspektive auf die Lage im Nahen Osten"

Antragstext

1 Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 waren eine – für die
2 israelische Bevölkerung - schmerzhafte und retraumatisierende Zäsur. An diesem
3 Tag wurden 1200 israelische Zivilist*innen ermordet und über 250 Menschen als
4 Geiseln in den Gazastreifen entführt. Eines muss klar benannt werden: es ist die
5 Agenda der Hamas und ihrer Verbündeten, den Staat Israel und das jüdische Leben
6 in der Region auszulöschen. Das Existenzrecht Israels, das Recht auf
7 Selbstverteidigung sowie der Schutz jüdischen Lebens sind für uns nicht
8 verhandelbar. Aufgrund der deutschen Geschichte und der Verbrechen des Holocaust
9 tragen wir eine besondere Verantwortung, die dauerhafte Sicherheit Israels und
10 seiner Bürger*innen zu gewährleisten.

11 Nach dem Massaker vom 7. Oktober reagierte die israelische Regierung mit einer
12 militärischen Offensive, die das Ziel verfolgte, die Hamas dauerhaft zu
13 entwaffnen. Angesichts der Zerstörung und der humanitären Lage im Gazastreifen
14 bietet sich inzwischen ein verheerendes Bild. Während sich die Anzahl der Opfer
15 derzeit kaum überprüfen lässt, gehen die Vereinten Nationen von über 60.000
16 Toten und mehr als 160.000 Verwundeten aus, davon über die Hälfte unter
17 vulnerablen Gruppen wie Kindern, Frauen und alten Menschen.[\[1\]](#)

18 Das Leid der Zivilbevölkerung, die hohen Opferzahlen und das Ausmaß der
19 Zerstörung der kritischen Infrastruktur in Gaza sind erschütternd. Militärische
20 Offensiven in verschiedenen Regionen Gazas haben 90 Prozent der Bevölkerung zu
21 Binnenvertriebenen gemacht und die zivile Infrastruktur, darunter Krankenhäuser,
22 Schulen und Hochschulen, zum Zusammenbruch gebracht. Neben der fehlenden
23 medizinischen Versorgung beraubt dies insbesondere eine junge Generation in Gaza
24 ihrer Bildungs- und Zukunftschancen. Mitschuld an dieser Tragödie trägt die
25 Hamas, die seit Jahrzehnten gezielt die Grenzen zwischen militärischer und
26 ziviler Infrastruktur verwischt, um die Menschen vor Ort als Schutzschilder zu
27 missbrauchen. Ein Vorgehen, das eindeutig gegen das humanitäre Völkerrecht
28 verstößt und das wir strikt verurteilen.

29 Nach einigen Wochen der Waffenruhe zu Beginn des Jahres 2025 führte die
30 Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu im März den Krieg im
31 Gazastreifen fort und verhängte zeitgleich eine Blockade über die Lieferung
32 humanitärer Hilfsgüter nach Gaza. Die folgende Hungersnot betrifft
33 Hunderttausende Menschen. 132.000 Kinder sind aufgrund akuter Mangelernährung
34 vom Tod bedroht.[\[2\]](#) In mehreren Anordnungen und Gutachten hat der Internationale
35 Gerichtshof (IGH) die Dringlichkeit des Schutzes der Zivilgesellschaft betont.
36 Das undifferenzierte Vorgehen gegen die Bevölkerung in Gaza verurteilen wir
37 nachdrücklich. Angesichts des Ausmaßes der Zerstörung in Gaza und der gezielten
38 Blockade humanitärer Hilfe muss die Verhältnismäßigkeit der israelischen
39 Selbstverteidigung im Rahmen des humanitären Völkerrechts mittlerweile in
40 Zweifel gezogen werden.

41 Treibende Kraft hinter der humanitären Blockade und der Fortsetzung des Kriegs
42 sind die Rechtsextremisten in der israelischen Regierung. Durch Netanjahus
43 innenpolitische Motivation, insbesondere den Willen zum persönlichen
44 Machtbehalt, haben sie weit mehr politisches Gewicht, als ihnen mit Blick auf
45 ihre Größe in der Knesset zukommen würde. Vertreter dieser Parteien, wie die
46 Minister Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir, haben sich in der Vergangenheit
47 wiederholt menschenfeindlich über Palästinenser*innen geäußert und eine
48 dezidiert antiarabische Vision eines „Großisrael“ propagiert, die auch eine
49 Annexion des Westjordanlandes einschließt.[\[3\]](#) Eine weitere Ausbreitung jüdischer
50 Siedlungen würde eine Befriedung der Region im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung
51 endgültig unmöglich machen. Die kürzlich von der Netanjahu-Regierung auf den Weg
52 gebrachten Beschlüsse, um neue Siedlungen im Westjordanland zu schaffen,
53 verdeutlichen, dass die amtierende Regierung aktiv gegen eine Zwei-Staaten-
54 Lösung arbeitet. Jede Annexion durch Israel ist völkerrechtswidrig und ist
55 strikt abzulehnen.

56 Mit der Fortführung des Krieges in Gaza agiert die Regierung um Netanjahu auch
57 gegen die wachsende Kritik aus den Reihen des eigenen Militärs[\[4\]](#) und der
58 Opposition, sowie gegen einen großen Teil der Zivilgesellschaft, der zu
59 Zehntausenden gegen den Krieg demonstriert,[\[5\]](#) und gegen die Familien der
60 entführten Geiseln. Diese engagieren sich für ein Ende des Krieges im
61 Gazastreifen und die sichere Rückkehr der noch in Gefangenschaft befindlichen
62 Personen[\[6\]](#), zu denen auch mehrere deutsche Staatsbürger gehören.[\[7\]](#)

63 Deutschland muss sich in dieser Situation und vor dem Hintergrund seiner
64 historischen Verantwortung klar positionieren: solidarisch mit der
65 Zivilgesellschaft vor Ort, für die Sicherheit Israels und im Einklang mit einer
66 regelbasierten Weltordnung. Wir respektieren die Entscheidungen des
67 Internationalen Strafgerichtshofs und seine Rolle bei der Durchsetzung des
68 Völkerrechts. Das Handeln der Netanyahu Regierung hat Israel diplomatisch und
69 international isoliert und damit in existenzielle Gefahr gebracht. Deutschland
70 sollte der amtierenden israelischen Regierung im Interesse der langfristigen
71 Sicherheit Israels im direkten diplomatischen Austausch deutliche Kritik äußern
72 und sich entsprechend eng mit unseren europäischen und internationalen Partnern
73 abstimmen. So hat Annalena Baerbock als Außenministerin bereits Anfang 2024 in
74 Gesprächen in Jerusalem den Einsatz von Hunger scharf verurteilt.[\[8\]](#)

75 Die Ziele sind in erster Linie die Freilassung der Geiseln, Verbesserung der
76 humanitären Versorgung der Menschen in Gaza und eine Reduzierung der
77 israelischen Militäroperationen sowie ein dauerhafter Waffenstillstand.
78 Gleichzeitig müssen personenbezogene Sanktionen (z. B. gegen die Minister Ben-
79 Gvir und Smotrich) auf den Weg gebracht werden, um zu signalisieren, dass ihre
80 menschenfeindliche Politik und Rhetorik gegenüber der palästinensischen
81 Bevölkerung nicht geduldet wird. Auch die Aussetzung einzelner Kapitel des EU-
82 Assoziierungsabkommens sollte geprüft werden. Deutschland sollte alle
83 Anstrengungen unterstützen und vorantreiben, eine von den arabischen Staaten und
84 der Palästinensische Befreiungsorganisation getragene Nachkriegsordnung in Gaza
85 zu realisieren. Dabei darf keine Einigung mitgetragen werden, die die
86 Terrororganisation Hamas irgendeine politische Rolle zugesteht. Das würde das
87 Leben der Menschen in der Region zukünftig erneut gefährden und die Sicherheit
88 Israels dauerhaft bedrohen.

89 Friedrich Merz hat angekündigt, dass Deutschland keine Rüstungsgüter mehr nach
90 Israel liefern wird, die im Gazastreifen eingesetzt werden könnten. Während
91 diese Entscheidung nachvollziehbare Gründe hat und im Grundsatz von uns
92 unterstützt wird, bleibt eine trennscharfe Abgrenzung der Rüstungsgüter
93 schwierig und muss im Kontext der Bedrohung Israels durch eine Vielzahl an
94 Akteuren in der Region und der Bedeutung der Verteidigungsfähigkeit abgewogen
95 werden. Diese Akteure umfassen neben der Hamas auch den Iran, die Hisbollah im
96 Libanon und Syrien sowie die Huthi im Jemen. Die Verteidigungsfähigkeit Israels
97 darf von einer Einschränkung der Waffenlieferungen nicht beeinträchtigt werden.

98 In den vergangenen Monaten haben mehrere Staaten angekündigt, einen
99 palästinensischen Staat anzuerkennen zu wollen, einige haben diesen Schritt
100 bereits vollzogen. Solange die Hamas die politische Führung in Gaza innehat,
101 lehnen wir diese Anerkennung ab. Klar ist, dass es einen geordneten Prozess zur
102 unabhängigen und friedlichen Verwaltung der palästinensischen Gebiete braucht,
103 in dessen Rahmen eine Anerkennung möglich wird.

104 Als Bündnis90/Die Grünen Bremen treten wir für eine friedliche und gerechte
105 Lösung im Nahostkonflikt ein. Die Erklärung von New York, die auch von mehreren
106 arabischen Staaten unterstützt wird, zeichnet die notwendigen Schritte in diese
107 Richtung vor. Dringend erforderlich sind: ein sofortiger Waffenstillstand, die
108 Freilassung aller Geiseln, ein dauerhaft uneingeschränkter Zugang für humanitäre
109 Hilfe, die Entwaffnung und Entmachtung der Hamas, der Wiederaufbau ziviler
110 Infrastruktur sowie die Rückkehr zu ernsthaften Friedensgesprächen mit dem Ziel
111 einer Zwei-Staaten-Lösung.

112 Der Verlauf des Krieges und seine Folgen für Gaza und Israel bewegen sehr viele
113 Menschen in unserem Bundesland. In Bremen und Bremerhaven leben zahlreiche
114 Menschen, die persönliche Beziehungen in die Region haben und direkt von den
115 Kriegsfolgen betroffen sind. Meinungsäußerungen und Demonstrationen, die auf das
116 Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung aufmerksam machen, finden ihre
117 Grenze dort, wo es zu Antisemitismus und Gewalt kommt. Jüdinnen und Juden sollen
118 im Land Bremen sicher leben können. Diskriminierung von Jüdinnen und Juden
119 stellen wir uns ebenso wie antiisraelischem Antisemitismus entschieden entgegen.
120 Im Rahmen der Möglichkeiten unseres Bundeslandes und seiner beiden Kommunen
121 Bremen und Bremerhaven wollen wir:

- 122 • die Aufnahme von Kindern und Familien aus Gaza und Israel unterstützen,
123 die dringend psychologische oder medizinische Hilfe benötigen. Hier ist
124 die Bundesregierung in der Verantwortung, Strukturen zu schaffen, um eine
125 sichere Einreise zu ermöglichen,
- 126 • Zivilgesellschaftlicher Organisationen unterstützen, die sich der
127 Menschenrechts- und Friedensarbeit im Kontext von Israel und den
128 palästinensischen Gebieten widmen,
- 129 • Effektive Maßnahmen gegen Antisemitismus sowie antimuslimischen Rassismus
130 fördern,
- 131 • Schulische Formate entwickeln und fördern (z. B. in Zusammenarbeit mit der
132 Landeszentrale für politische Bildung), um differenzierte Perspektiven zum
133 Nahostkonflikt zu vermitteln und antisemitischen wie antimuslimischen
134 Vorurteilen vorzubeugen.

135 [1]<https://www.ochaopt.org/content/reported-impact-snapshot-gaza-strip-3-september-2025>

137 [2]<https://de.wfp.org/krise/in/gaza>

138 [3]<https://www.spiegel.de/ausland/israel-usa-empoeren-sich-ueber-aufrehrerische-gaza-aeusserungen-von-itamar-ben-gvir-a-b9755fe9-b913-4546-8dfa-9970c5ad530f>

141 [4]<https://www.nytimes.com/2024/06/20/world/middleeast/netanyahu-israel-idf-war.html>

143 [5]<https://www.spiegel.de/ausland/israel-gaza-krieg-zigtausende-demonstrieren-in-jerusalem-vor-netanyahu-residenz-fuer-kriegsende-a-ed205fcc-e0d5-4fb9-8df8-901e7775b8ce>

146 [6]<https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-08/nahost-israel-krieg-gazastreifen-geiseln-waffenstillstand-demonstrationen>

148 [7]<https://www.juedische-allgemeine.de/israel/nennt-ihre-namen/>

149 [8]<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/israel-annalena-baerbock-und-benjamin-netanjahu-geraten-heftig-aneinander-a-90e5c7cf-7eb3-4f49-8ef5-0cf0d2854d1b>

Begründung

Erfolgt mündlich auf der Landesmitgliederversammlung

Unterstützer*innen

Kirsten Kappert-Gonther (KV Bremen-Nordost); Henrike Müller (KV Bremen Links der Weser); Emanuel Herold (KV Bremen Links der Weser)